

Satzung

zur Änderung der Unternehmenssatzung für das Kommunalunternehmen der Stadt Vilsbiburg –
Vilsbiburger Kommunalunternehmen Anstalt des öffentlichen Rechts-

Die Stadt Vilsbiburg erlässt aufgrund von Art. 23 Satz 1, Art 89 Abs. 3 der Stadtordnung für den Freistaat Bayern (GO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 22.08.1998 (GVBl. S. 796, BayRS 2020-1-1-I), zuletzt geändert durch die §§ 2, 3§ 2 des Gesetzes vom 09.12.2024 (GVBl. S. 573) folgende

2. Änderungssatzung der Unternehmenssatzung

§ 1 Änderung der Unternehmenssatzung für das Vilsbiburger Kommunalunternehmen

Die Unternehmenssatzung für das Vilsbiburger KU vom 22.02.2010 wird wie folgt geändert:

1) § 2 (Gegenstand des Unternehmens) wird neu gefasst wie folgt:

(1) Aufgabe des Kommunalunternehmens ist

- a) der Erwerb von Grundstücken im eigenen Namen und auf eigene Rechnung,
- b) der Erwerb von Grundstücken im Auftrag der Stadt Vilsbiburg, soweit von der Stadt im Einzelfall dazu beauftragt,
- c) die Durchführung kommunaler Baumaßnahmen (Hoch- und Tiefbau) soweit von der Stadt im Einzelfall dazu beauftragt,
- d) die Errichtung, Verwaltung und Bewirtschaftung von Immobilien der Stadt Vilsbiburg, soweit von der Stadt im Einzelfall dazu beauftragt,
- e) der Erwerb, die Errichtung, Verwaltung und Bewirtschaftung von Immobilien im eigenen Namen und auf eigene Rechnung.

(2) Zu den Aufgaben nach Abs. 1 gehört auch die Einrichtung und Unterhaltung von Neben- und Hilfsbetrieben, die die Aufgaben des Kommunalunternehmens fördern und wirtschaftlich mit ihnen zusammenhängen. Zur Förderung seiner Aufgaben kann sich das Kommunalunternehmen an anderen Unternehmen beteiligen, wenn das dem Unternehmenszweck dient. Dabei ist sicherzustellen, dass die Haftung des Kommunalunternehmens auf einen bestimmten Betrag begrenzt ist.

(3) Die Übertragung dieser Aufgaben erfolgt jeweils eine gesonderte Zweckvereinbarung

2) § 4 (Vorstand) wird geändert wie folgt:

(1) Der Vorstand besteht aus zwei Mitgliedern.

[...]

3) § 5 (Der Verwaltungsrat) wird geändert wie folgt:

Der Verwaltungsrat besteht aus den Vorsitzenden und den übrigen **acht Mitgliedern**. (Für die übrigen Mitglieder können Vertreter bestellt werden).

(2) –ersatzlos gestrichen–

[...]

4) § 9 (Wirtschaftsführung, Rechnungswesen und Prüfung) wird neu gefasst wie folgt:

(1) Das Kommunalunternehmen ist sparsam und wirtschaftlich unter Beachtung des öffentlichen Zwecks zu führen. Im Übrigen gelten die Vorschriften der Verordnung über Kommunalunternehmen (KUV) über Wirtschaftsführung, Vermögensverwaltung und Rechnungslegung sowie Art. 91 Abs. 1 GO.

(2) Der Jahresabschluss ist nach den geltenden Vorschriften des dritten Buches des Handelsgesetzbuches (HGB) unter Berücksichtigung der in Bayern geltenden kommunalrechtlichen Vorschriften innerhalb der gesetzlichen Fristen aufzustellen.

(3) Ein Lagebericht ist innerhalb der gesetzlichen Fristen aufzustellen, wenn dies nach den geltenden Vorschriften des dritten Buches des Handelsgesetzbuches (HGB) oder nach den in Bayern geltenden kommunalrechtlichen Vorschriften erforderlich ist. Abweichend von Satz 1 besteht keine Pflicht zur Erstellung und Vorlage eines Nachhaltigkeitsberichts i. S. d. §§ 289b ff. des HGB, soweit nicht gesetzliche Vorschriften unmittelbar anwendbar sind.

(4) Der Jahresabschluss und gegebenenfalls der Lagebericht sind dem Abschlussprüfer zur Prüfung vorzulegen. Der Umfang der Prüfung richtet sich nach § 317 HGB und ist nach Maßgabe der Vorschriften des § 53 HGrG zu erweitern. Der Abschlussprüfer wird vom Verwaltungsrat bestellt.

(5) Der Vorstand hat den geprüften Jahresabschluss unter Angabe des Datums zu unterzeichnen. Bei der Feststellung des geprüften Jahresabschlusses hat der Verwaltungsrat über die Entlastung des Vorstands zu entscheiden.

(6) Der vollständige Jahresabschluss und der Bericht über die Abschlussprüfung sind dem Stadtrat Vilsbiburg sowie der zuständigen Rechtsaufsichtsbehörde zuzuleiten.

§ 2 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am in Kraft.